

Nikolaus Werz

Lateinamerika

Eine Einführung

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2005, 400 S.; EUR 24,90.

ISBN978-3-8329-1068-6 (Studienkurs Politikwissenschaft)

Lateinamerika ist seit langem kein weißer Fleck mehr auf der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Karte. Schon vor Humboldts Tagen bestand Interesse an Übersee. Zahlreiche Institute, Fakultäten und Gesellschaften widmen sich seitdem diesem Kontinent. Umfangreiche Literatur ermöglicht dem Interessierten einen tiefen Einblick in die Materie. Bisher fehlte jedoch ein Werk, das eine Einführung, einen ersten Überblick zu diesem umfangreichen Thema geben konnte und dabei wissenschaftlichen Ansprüchen genüge. Diese Lücke schließt *Nikolaus Werz* mit seinem Werk.

Das Lehrbuch behandelt die Probleme und Chancen Lateinamerikas, wobei das Schwerkraft bei der Länderdarstellung auf Mexiko, Argentinien und Chile liegt. Die 15 Kapitel des Buches lassen sich grob in drei Teile gliedern: Eine allgemeine Einführung zur Region und zur Lateinamerikaforschung, ein historischer Überblick sowie eine Darstellung der verschiedenen politischen Systeme südlich des Rio Grande. Es geht um Staat und Präsidentialismus, Parteien, Demokratie und Wahlen, soziale Schichten und Interessengruppen, katholische Kirche und Religionen, politische Kultur, Außenpolitik und Integrationsbemühungen. Auch gesellschaftliche und kulturelle Hintergründe werden behandelt.

Eingangs beschäftigt sich *Wertz* mit der Einheit und Vielfalt Lateinamerikas. Er erklärt die Begriffe "Lateinamerika", "Panamerika" und "Iberoamerika", die ihren Ursprung in der starken Bindung und Orientierung des Kontinents an Europa und den Vereinigten Staaten haben. Mit der Frage „Wo liegt Lateinamerika?“ versucht der Autor, den Begriff geographisch einzuordnen. Er unterteilt dabei Lateinamerika in drei Bereiche: den Hochgebirgszug der Anden im Westen, die patagonischen Tiefländer und das brasilianische Bergland im Osten. Des Weiteren werden die Bevölkerungszusammensetzung und deren Entwicklung skizziert. Hierbei sticht die seitens der Vereinten Nationen projizierte Verdoppelung der Bevölkerung für den Zeitraum zwischen 1975 und 2015 auf 622,5 Millionen hervor. Dies stelle, so der Autor, die regionsangehörigen Länder vor besondere Herausforderungen, die man auch als Chancen begreifen könne. Anschließend widmet sich *Wertz* einzelnen Themen wie der indigenen Bevölkerung und der Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Die Einführung endet mit einem vor allem für Studienanfänger ergiebigen Überblick über die Institutionen der Lateinamerikaforschung im deutschsprachigen Raum.

Im anschließenden historischen Überblick referiert *Wertz* den Weg Lateinamerikas von den Unabhängigkeitsbewegungen im 19. Jahrhundert bis in das 20. Jahrhundert. Besonderheiten wie den ausgeprägten Populismus, die Rolle der katholischen Kirche, des Militärs und der Wirtschaft erfahren hier besondere Hervorhebung. Insbesondere wirtschaftlich hat Lateinamerika einen interessanten Wandel vollzogen. Die hohen wirtschaftlichen Erwartungen nach der Unabhängigkeit wurden schnell durch eine ernüchternde soziale und öko-

nomische Entwicklung gebremst. Der politischen Unabhängigkeit folgte keine wirtschaftliche. Die starke Fokussierung auf die Nachfrage in den ehemaligen Kolonialmächten fand ihren wissenschaftlichen Niederschlag in der Theorie der "Dependencia". Ein Niedergang der Nachfrage bedeutete zwangsläufig eine wirtschaftliche Rezession. Lange Zeit basierte die Wirtschaft ausschließlich auf Landwirtschaft und Bergbau. Erst in den 1960er Jahren begann sich die Situation zu ändern. Die Landwirtschaft wurde industrialisiert, und ausländisches Kapital wurde zunehmend in Lateinamerika investiert. Ab 1973 profitierten erdöl-exportierende Länder wie Venezuela und Mexiko von dem jähen Anstieg der Ölpreise. Die zusätzlichen Einnahmen trugen aber nicht zu Wachstum und Modernisierung der Wirtschaft bei, sondern fielen weitestgehend der Korruption zum Opfer. Gleichwohl gab es zahlreiche Versuche lateinamerikanischer Länder, auf eigenen wirtschaftlichen Beinen zu stehen. Dies zeigen die zahlreichen Wirtschaftsbindnisse: "Mercado Común Centroamericano", "Asociación Latinoamericana de Libre Comercio", "Pacto Andino", "Tratado de Libre Comercio de América del Norte", "Mercado Común del Sur (MERCOSUR)", "Área de Libre Comercio de las Américas". Bis auf den "Tratado de Libre Comercio de América del Norte" (engl. NAFTA) waren diese Bündnisse und Zusammenschlüsse wenig erfolgreich. Der Grund liegt in der gering entwickelten Wirtschaft der Partnerländer, die nur wenig Technologie und Know-how exportieren konnten. Zudem fiel es den Wirtschaftspartnern schwer, Kompetenzen an übergeordnete Institutionen abzugeben, die eine geordnete Entwicklung dieser diversen Integrationsbemühungen garantiert hätten¹.

Schließlich wendet sich *Werz* den für Politikwissenschaftler besonders interessanten Themen zu. Er beginnt mit einem Abriss über die Entwicklung der Nationalstaaten anhand der Begriffe Souveränität, Gewaltmonopol, Volk, Gebiet und Staatsgewalt. Lateinamerikanische Staaten haben bis dato noch keine vollständige Entwicklung der für das Funktionieren eines Staates nötigen Elemente erfahren. So hat sich zum einen das Volk ("el pueblo") erst im 20. Jahrhundert als Staatsvolk konstituiert. Fehlende rechtsstaatliche Regelungen für die Mehrheit der Bevölkerung führten dazu, dass eine wirkliche Teilhabe am Staatsgeschehen nicht möglich war. Zum anderen wird das Gewaltmonopol des Staates, das eine Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist, durch Korruption und Drogenkartelle gefährdet.

Im Hinblick auf die Staatsform arbeitet *Werz* heraus, wie Lateinamerika im Gegensatz zu etlichen Industriestaaten ganz überwiegend den Präsidentialismus amerikanischer Prägung als Staatsform gewählt hat. Der Präsident ist von Verfassungen wegen dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich. Nach *Werz* ist er jedoch nicht so mächtig, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. In vielen Fällen kann sich der Präsident auf keine parlamentarische Mehrheit stützen. Deswegen muss er sich diese über die Parteigrenzen hinweg suchen. Oppositionsparteien gewinnen dadurch Einfluss auf die Regierungspolitik und zögern nicht, Gesetzesinitiativen kläglich scheitern zu lassen. Hierdurch wird bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt, die Regierung könne die Probleme des Landes nicht

¹ Vgl. dazu den Integrationsbericht 2006 von *Waldemar Hummer* in diesem Heft.

lösen. Überdies schwächt der Präsidentialismus die Parteien, weil kurz nach Amtsantritt eine parteinterne Auseinandersetzung über den aussichtsreichsten Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl ausbricht. Laut *Werz* fehlt den Staaten in Lateinamerika ein gewisses Maß an Institutionalisierung, nicht zuletzt, weil es sich um "Kompromiss-Staaten" handele. Diese zeichneten sich dadurch aus, dass unterschiedliche Gruppen aus historisch verschiedenen Zeiten Einfluss auf die Regierung nähmen, so dass der Präsident zwischen vielen inneren und äußeren Machtfaktoren einen Kompromiss finden müsse.

Die gegenwärtige Parteienstruktur führt *Werz* auf die Ursprünge parteiähnlicher Gruppierungen schon im 19. Jahrhundert zurück. Länderübergreifende Typologien und Klassifikationen besitzen aufgrund der Vielfalt der Parteien und des wechselhaften politischen Geschehens nur begrenzte Aussagekraft. Die in Europa entwickelten Kategorisierungen nach Klassen-, Volks- und Weltanschauungsparteien greifen hier zu kurz. Die unbeständige Parteienstruktur führte zu Bestrebungen, einen spezifisch lateinamerikanischen Parteienbegriff zu entwickeln. Dies ist aber nach *Werz* nicht nötig, da die meisten Parteien Mitglieder in internationalen Organisationen sind und der Politikwissenschaft ein vergleichender Ansatz zugrunde liegt. Während der Unabhängigkeitsbewegung von Spanien bildeten sich zunächst klientelistische Gruppierungen um die militärischen Führer. Ab 1840 entstanden in fast allen Staaten Parteien, üblicherweise unterteilt in Konservative und Liberale. In den 1920er Jahren bildeten sich national-revolutionäre Parteien, die von populistischen Bewegungen abgelöst wurden. In den 1960er Jahren geriet das Parteienspektrum unter diktatorischen Druck. Erst die späten 1980er Jahre brachten ganz überwiegend demokratisch gewählte Verhältnisse, deren Überschätzung aber in eine Phase der Ernüchterung („desencanto“) mündete, was zur Entfremdung zwischen Bürger und Politik beitrug. Personalismus, Zentralismus und eine letztlich nur geringe innerparteiliche Demokratisierung kennzeichneten weiterhin die politische Kultur Lateinamerikas. Dessen ungeachtet bilden die Parteien nach wie vor ein institutionelles Fundament des politischen Prozesses. Sie agieren als wichtiger Gegenpol zu Populisten und außerparlamentarischen Bewegungen.

Im anschließenden Beitrag zur Wahlkultur gibt *Werz* zunächst einen Überblick zu Wahlentwicklung, -beteiligung und -systemen mit zahlreichen graphischen Darstellungen und Tabellen. Dabei unterscheidet er zwischen nicht-kompetitiven, semi-kompetitiven und kompetitiven Wahlen. Letztere wurden zunehmend seit den 1980er Jahren registriert. Erst seit kurzem wird der Begriff der politischen Kultur in Bezug auf Lateinamerika in einem sozialwissenschaftlichen, einem kultur- und einem kommunikationswissenschaftlichen Kontext erörtert. Danach verlieren im Zuge des Globalisierungsprozesses der Nationalstaat und damit seine Geschichtserzählung an Gewicht. Neue und fragmentierte Identitäten kommen auf. Folgen dieser Transformation sind die De-Institutionalisierung und der Einflussverlust von Normen. Ein besonderes Problem stellt die Unbeständigkeit der politischen Meinung dar, die sich aus den wirtschaftlichen Krisen und verschiedenen Unsicherheitsfaktoren ergibt. Das Thema der politischen Kultur wird mit einer guten Übersicht zu empirischen Untersuchungen abgeschlossen.

Zur Demokratisierung merkt *Werz* an, die Wissenschaft widme sich nur Teilbereichen, wie etwa vornehmlich der Analyse von Wahlen und Parteien. Hier gebe es allerdings inzwischen deutliche Fortschritte, was der mittlerweile ganz überwiegend geordnete Ablauf als fair einzustufender Wahlgänge belege. Den politischen Stil prägen dagegen noch immer weitgehend Konstanten, die die Re-Demokratisierung in den 1980er Jahren überdauert haben, wie etwa persönlicher Geltungsdrang und Bereicherung als Hauptmotive für eine politische Laufbahn. In der Außenpolitik, insbesondere was das Verhältnis zu Europa betreffe, seien die politischen Beziehungen dabei, sich zunehmend von der binationalen auf die übernationale Ebene zu verlagern.

Werz gelingt es, die wichtigsten Bereiche der Politikforschung zu Lateinamerika abzudecken und sie ebenso schlüssig wie didaktisch sinnvoll dem Studienanfänger nahezubringen. Nützlich zur Vertiefung des Gelernten sind die Literaturhinweise und Fragen am Ende jedes Kapitels. Bedauerlicherweise fehlen ein Sachverzeichnis und Randnummern, die die Arbeit mit dem Lehrbuch erheblich erleichtern würden.

Mauricio Foeth, México D.F.